

WJSO

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Oskar Lafontaine Investieren statt spekulieren – Für ein Europa der Vollbeschäftigung!

Karl Aiginger Wirtschaftswachstum: Grundvoraussetzung für Wohlfahrtszuwachs – Spielräume zur Anhebung des Wachstumspfades

Dierk Hirschel Sind Lohndumping und Arbeitszeitverlängerung ein Ausweg aus der Krise?

Helmut Ivansits Nachhaltige Finanzierung und Solidarität im Gesundheitssystem

David Mum Nachhaltige Pensionssicherung – Pensionsreformen und die Interessen der ArbeitnehmerInnen

C. Staritz/
N. Breuss Sozialstaat statt Steuerwettbewerb – Analyse und Alternativen zum Steuerdumping

Peter Auer Sozial abgesicherte Flexibilität: Eine Antwort auf die Arbeitsmarktunsicherheit in Zeiten der Globalisierung

Marcel Fink Wohlfahrtsstaatliche Reformpolitik im Interesse der ArbeitnehmerInnen nach dem „goldenen Zeitalter“ des Wohlfahrtsstaates? Die Beispiele Dänemark und Schweden

Michael Dauderstädt Wohlstand für alle in der erweiterten EU

Andreas Novy Wohlstand, Kompromiss und Konflikt – Raum-zeitliche Veränderungen von politischen Kräfteverhältnissen

Schwerpunktausgabe

**POLITIK IM INTERESSE DER
ARBEITNEHMER –
Alternativen zum wirtschafts-
und sozialpolitischen
Mainstream**

Nr. 3/04

AK

Oktober 2004

27. Jahrgang

WIRTSCHAFTSWACHSTUM: GRUNDVOR- AUSSETZUNG FÜR WOHLFAHRTSZUWACHS Spielräume zur Anhebung des Wachstumspfades*

1. Europaweite Stagnation und Verlust des österreichischen Wachstumsvorsprungs	36
2. Wachstum als wichtigstes Ziel	37
3. Gestaltungsmöglichkeiten im Zielbündel	40
4. Elemente einer Wachstumsstrategie (3 % plus) ...	42
5. Konsenswille und Langfriststrategie zur Reduktion der Unsicherheit	52

Karl Aiginger

**Stellvertretender
Leiter des
Österreichischen
Instituts für
Wirtschafts-
forschung (WIFO)**

1. Europaweite Stagnation und Verlust des österreichischen Wachstumsvorsprungs

„qualifizierte
Stagnation“

Das Wachstum der österreichischen Wirtschaft beträgt in den letzten drei Jahren nur noch rund 1 % (2001/03), eine Entwicklung, die man wohl eher als „qualifizierte Stagnation“ denn als Wachstum bezeichnen muss. In den achtziger und neunziger Jahren waren es immerhin noch 2,4 %, in der „goldenen Nachkriegszeit“¹ sogar 5 %.

Österreich
profitiert von
Dynamik der
Erweiterungs-
länder

Im Vergleich zum europäischen Umfeld ist die österreichische Wirtschaft bis etwa 1995 überdurchschnittlich gewachsen (um einen knappen halben Prozentpunkt pro Jahr stärker als das übrige Europa). In den letzten zehn Jahren liegt Österreich etwa im internationalen Schnitt, höher blieb das Wachstum im Vergleich zu Deutschland und Italien. Österreich profitiert von der Dynamik der Erweiterungsländer, von einem steigenden Marktanteil in Deutschland und der Intensivierung der Exporte in ferne, dynamische Märkte.²

höhere
Wachstumsrate
machte
Österreich zu
einem der
reichsten Länder
Europas

Mit der über Jahrzehnte höheren Wachstumsrate wurde Österreich zu einem der reichsten Länder Europas: Relativ kleine Unterschiede in der Wachstumsrate – von einem halben Prozent – bringen über Jahrzehnte große Veränderungen in der Einkommenshöhe und Wohlfahrt. Österreich konnte 2003 einen Vorsprung im BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten gegenüber der EU-15 von rund 11 % und gegenüber der EU-25 von rund 21 % erreichen (vgl. Übersicht 2).³ Das österreichische Pro-Kopf-Einkommen liegt damit auch höher als in allen großen europäischen Ländern (und auch etwa beim Pro-Kopf-Einkommen von Westdeutschland, so man diesen Vergleich noch anstellen will). Österreich liegt in der Statistik der Europäischen Union 2004 mit 27.950 Euro an vierter Stelle der EU-25, wobei die Abstände zu den unmittelbaren Nachbarn in dieser Wohlfahrtshierarchie sehr knapp sind. Deutlich vor uns liegen nur Luxemburg und Irland, wobei beide Länder nicht voll vergleichbar sind: Luxemburg, weil es ein Agglomerationskern und Finanzzentrum mit wenig Hinterland

ist, und Irland, weil hier das Inlandsprodukt durch die Verrechnungspreise und Transfers der multinationalen Firmen verzerrt ist und nicht die nationale Wohlfahrt widerspiegelt (die Pro-Kopf-Verdienste liegen niedriger als in Österreich). Vor Österreich liegt dann noch Dänemark mit einem Vorsprung von 2 %. Andererseits ist der Vorsprung Österreichs vor den Niederlanden, Belgien und Großbritannien wohl auch innerhalb der statistischen Fehlergrenze. Eine Top-5-Position unter vergleichbaren Ländern ist aber gut abgesichert.

Der Artikel ist wie folgt aufgebaut: Im nächsten Abschnitt diskutieren wir zunächst den Stellenwert von Wachstum für die Wohlfahrt und stellen das Wachstumsziel in Relation zu anderen Zielen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aktivitäten. Die zentrale These betont, dass Wachstum das wichtigste wirtschaftspolitische Ziel ist, weil es tendenziell die meisten (oder fast alle) anderen Ziele leichter erreichbar macht. Es wird argumentiert, dass Vollbeschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit, Umweltschonung und Budgetausgleich auch ohne Wachstum erreicht werden können, doch erfordert das sehr gezielte, oft dirigistische Eingriffe, die selten lange durchgehalten werden und sehr unpopulär sind. Es wird weiters untersucht, welche Länder von der Wachstumschwäche der letzten zehn Jahre weniger betroffen waren und durch welche Strategien sie die Beschäftigungs- und Stabilitätsziele erreicht haben. Zuletzt werden Strategien skizziert, das Wirtschaftswachstum in Österreich und in Europa anzuheben.

*zentrale These:
Wachstum ist
wichtigstes
wirtschafts-
politisches Ziel*

2. Wachstum als wichtigstes Ziel

Die Ziele des Wirtschaftens und der Wirtschaftspolitik sollen von den Präferenzen der Bevölkerung abgeleitet werden, wobei neben Individualzielen auch gesellschaftliche Ziele eine Rolle spielen. Hohe und steigende Einkommen sind zweifelsohne ein wichtiges persönliches und gesellschaftliches Ziel. Allerdings gibt es auch schon lange Vermutungen, dass in reichen Gesellschaften und für den wohlhabenden Teil der

*Ziele sollen von
den Präferenzen
der Bevölkerung
abgeleitet
werden*

Bevölkerung hohe Einkommen (und deren Steigerung) eine abnehmende Priorität haben könnten. Soziale Absicherung, Solidarität, eine geringe Arbeitslosigkeit bzw. ein hoher Beschäftigungsstand, ökologische Rücksichtnahme und immaterielle Ziele wie Gesundheit, Freizeit, Sicherheit sollten an Stellenwert gewinnen. Ob dies tatsächlich der Fall ist, ist umstritten, Wirtschaftspolitik und Konsumentenverhalten in Ländern wie Schweiz und USA lassen Zweifel aufkommen. Jedenfalls werden in ökonomischen Lehrbüchern und internationalen Erfolgsvergleichen („Performance Ratings“) heute neben Wachstum, Vollbeschäftigung und Preisstabilität auch außenwirtschaftliches Gleichgewicht (moderner: Wettbewerbsfähigkeit) und Verteilungsgerechtigkeit als Ziele akzeptiert und gewertet. Ausgeglichene Staatsfinanzen sind wohl kein Ziel an sich, aber werden als Voraussetzung für Währungsstabilität und Standortqualität gesehen. Mit dem Begriff der „Nachhaltigkeit“ werden Strategien in verschiedenen Politikfeldern auf ihre langfristige Tragfähigkeit überprüft. Der Begriff Sustainability nahm in der Ökologie seinen Ausgang, wird heute auf Pensionssystem, Gesundheitssystem bzw. die Finanzierbarkeit der öffentlichen Haushalte ausgeweitet.

*durch hohes
Wirtschafts-
wachstum ist
Vollbeschäftigung
leichter zu
erreichen*

Die Aufzählung dieser Vielzahl von Zielen unterschlägt die Priorität des Wachstumszieles. Diese ergibt sich daraus, dass die meisten anderen Ziele bei Wirtschaftswachstum leichter zu erreichen sind als in einer stagnierenden Wirtschaft. Bei hohem Wirtschaftswachstum ist zunächst einmal und sehr offensichtlich Vollbeschäftigung leichter zu erreichen. Dieser Zusammenhang wird manchmal polemisch und vernebelnd negiert, weil es phasenweise „beschäftigungsloses“ oder „beschäftigungsarmes“ Wachstum gibt. Dahinter steht die Mechanik, dass in einer Wirtschaft, die nur um 1 % wächst, meist auch die Arbeitslosigkeit steigt. Dazu kommt, dass in einer zögerlichen Aufschwungphase noch Beschäftigungsreserven genutzt werden, bevor Neueinstellungen nötig sind. Aber es bleibt ein robustes Gesetz, dass mit höherem Wachstum früher oder später, jedenfalls aber mittelfristig, die Beschäftigung steigt und die Arbeitslosigkeit sinkt. Das Erste

früher, das Zweite später. Die Beschäftigungsintensität des Wachstums ist stärker, wenn es Teilzeit und befristete Verträge gibt. Arbeitslosigkeit geht früher zurück, wenn Langzeitarbeitslose in Ersatzsysteme (Krankenstand, Frühpensionen) flüchten können und wenn das Arbeitsangebot weder konjunkturell noch strukturell (durch höhere Erwerbsbeteiligung bestimmter Gruppen) noch durch Zuwanderung steigt.

Ähnlich ist der Zusammenhang zwischen Wachstum und Budgetstabilisierung. Zunächst erschwert ein schwaches Wachstum die Erreichung eines ausgeglichenen Budgets: Die Steuereinnahmen bleiben zurück, während ein erhöhter Ausgabenbedarf (vor allem Arbeitslosenzahlungen) besteht. Zudem ist es ökonomisch nur sinnvoll ein Budgetdefizit zu eliminieren, wenn die Wirtschaft wächst. Reduziert man das Defizit bei schwacher Konjunktur, treten Verunsicherung und „Abwärtsspiralen“ auf. Budgetdefizite können ausgabenseitig und schnell nur durch Einsparungen bei den großen Ausgabenblöcken reduziert werden. Diese großen Blöcke sind – neben den Gehältern für Beamte in zentralen Dienststellen – Sozialausgaben, Gesundheit, Pensionen und Bildung. Einige dieser Kürzungsmöglichkeiten sind verteilungspolitisch problematisch (Sozialausgaben), bei anderen besteht die Gefahr, den Wachstumspfad langfristig zu senken und die Konkurrenzfähigkeit zu gefährden (Bildungsausgaben). Zumal der Bedarf an Sozialleistungen und (Weiter-)Bildung in dieser Phase steigt und nicht sinkt. Umgekehrt sind die ausgabensenkenden Reformen vor allem im Sozialbereich relativ leicht, wenn die Wirtschaft wächst, wenn die Erwerbstätigkeit ausgeweitet wird und wenn Personen, die länger arbeiten wollen/müssen, auch eine Stelle finden.

Der positive Zusammenhang zwischen Wachstum und Umweltschonung ist um eine Dimension komplizierter. Tendenziell steigen der Rohstoffinput und die potenziellen Emissionen bei Wirtschaftswachstum. Diesem Grundtrend steht gegenüber, dass in Wachstumsperioden mehr Geld für emissionsreduzierende private und öffentliche Investitionsprojekte vor-

*Defizit-
reduzierung bei
schwacher
Konjunktur
führt zu Ver-
unsicherungen
und Abwärts-
spiralen*

*Zusammenhang
zwischen
Wachstum und
Umweltschonung*

handen ist und dass wachsende Firmen investieren und damit neue (und hoffentlich ressourcenschonende) Technologien einführen. Auch können Lenkungssteuern bei guter Gewinnlage bzw. Ertragslage von Unternehmen und Haushalten eher verkräftet werden. Aber trotzdem darf nicht vergessen werden, dass ohne Wiedergabe externer Kosten in den Preisen und ohne regulatorischem Rahmen mit dem Wachstum tendenziell auch der Ressourcenverbrauch steigt.⁴

Wachstum und Inflation

Wachstum und Inflation stehen manchmal in einem Konkurrenzverhältnis. Der Zielkonflikt tritt besonders bei hohem Wachstum und unelastischem Angebot auf, hier entsteht ein Nachfrageüberschuss und die Preise steigen. Hingegen erlaubt Wachstum, das auf hohen Produktivitätssteigerungen beruht, ein bestimmtes Maß an Kostenerhöhungen zu absorbieren (geringer Inflationsdruck in den USA in den neunziger Jahren).⁵

3. Gestaltungsmöglichkeiten im Zielbündel

Vollbeschäftigung ohne Wachstum

Es soll nicht verschwiegen werden, dass Vollbeschäftigung oder fiskalische Stabilität auch ohne Wachstum erreicht werden kann. Ein gegebenes Arbeitsvolumen (in Stunden) kann auf mehr Beschäftigte aufgeteilt werden. Der technische Fortschritt, der heute etwa bewirkt, dass dieselbe Produktion mit pro Jahr um 2 % sinkender Beschäftigung durchgeführt wird, kann so stark gedrosselt werden (z. B. weniger Forschung, mehr Regulierung, und Genehmigungen), dass auch geringeres Wachstum ohne Beschäftigungsverlust ablaufen kann.

Die Verringerung des technischen Fortschritts und/oder die Aufteilung des Arbeitsvolumens auf mehr Köpfe bedeutet, den Verlust des Spielraums Einkommen zu erhöhen. Eine Arbeitszeitverkürzung muss dann ohne Lohnausgleich erfolgen (zumindest, wenn man die Verteilung nicht ändert) und der „durchschnittliche“ Arbeitnehmer hat keine Perspektive steigender Einkommen. Das Problem mit dieser Strategie ist, dass Personen, die besser qualifiziert sind, die in wachsenden Branchen arbeiten oder mehr Macht haben, sich von der Kürzungsstrategie auszunehmen versuchen. Ebenso Aufstei-

ger, die mir ihrem bisherigen Lohnniveau nicht zufrieden sind. Damit zwingen sie die „anderen“ Gruppen, absolute Einkommenseinbußen zu akzeptieren: Einkommensunterschiede werden größer, die Verteilungskonflikte heftiger. Geringe Einkommensdynamik wie auch der Aufschub von technischen Neuerungen bedingen starre und streng kontrollierte Strukturen. Starre Strukturen gefährden kumulativ das weitere (geringe) Wachstum und die Situation kann von einer Stagnation in eine Schrumpfung „umkippen“.

Ähnlich ist im Prinzip eine Budgetsanierung ohne Wachstum denkbar. Es müssen dann ausgabenseitig jene Ausgaben gekürzt werden, die einen kleinen Multiplikatoreffekt (etwa weil sie Importe betreffen) oder einen kleinen Wachstumseffekt haben (konsumtive Ausgaben). Umschichtungen zu stärker nachfragewirksamen und wettbewerbsverbessernden Ausgaben sind nötig. Parallel können nicht standortwirksame Steuern erhöht werden. Die Einkommensbesteuerung kann so verändert werden, dass die Konsumkraft der unteren Einkommen stärker stimuliert als der Konsum der Bezieher höherer Einkommen reduziert wird (progressive Einkommenssteuern und die Besteuerung von Vermögen haben tendenziell diese Wirkung).

Die skizzierten Strategien (Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, Umverteilung der Einkommen, Umschichtungen der Budgetausgaben) sind komplex und überfordern in der Regel die Managementkapazitäten der politischen Handlungsträger in einer Marktwirtschaft. Umverteilung und Umschichtungen müssen sehr sorgfältig geplant werden und lösen Widerstand aus. Zusammenfassend ist es daher nicht unmöglich, aber doch viel schwieriger, in einer stagnierenden Wirtschaft Beschäftigungs- und Budgetprobleme zu lösen als in einer wachsenden Wirtschaft.

Diese theoretischen Überlegungen werden durch verschiedene internationale Erfahrungen der neunziger Jahre bestätigt. Die USA versuchten zweimal durch große Einsparungsprogramme ihr Budgetdefizit in den Griff zu bekommen. Erfolgreich war diese Strategie erst in der zweiten Hälfte der

*Budgetsanierung
ohne Wachstum*

*Lösung von
Beschäftigungs-
und Budget-
problem bei
stagnierender
Wirtschaft viel
schwieriger*

*EU: nur jene 3
Länder konnten
Budgetdefizite
drastisch
reduzieren, die
auch Wachstum
beschleunigten*

neunziger Jahre, als die Wirtschaft ein durchschnittliches Wachstum von 4 % erreichte⁶. Von den europäischen Ländern konnten nur jene drei Länder ihre Budgetdefizite drastisch reduzieren, die auch ihr Wachstum beschleunigten. In Dänemark, Schweden und Finnland gab es am Beginn der Stagnationsphase (2001/03) hohe Budgetüberschüsse und 2004 immerhin noch einen positiven Saldo. Teils mäßige, teils dramatische Ausgabenkürzungen haben in der ersten Hälfte der neunziger Jahre zur Erreichung des Budgetausgleiches beigetragen. Entscheidend für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte war aber das relativ kräftige Wachstum in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Bei den Ländern, die heute die Nachzügler im Wachstumsprozess sind, also in Frankreich, Deutschland und Italien, jagt eine Sparmaßnahme die andere. Sinkende Steuereinnahmen und konjunkturbedingte Löcher im Pensionssystem und in den Sozialbudgets lassen jede noch so einschneidende Maßnahme immer wieder als ungenügend erscheinen. Ohne Rückkehr auf den Wachstumspfad ist es schwer, Budgets und Pensionssystem „nachhaltig“ zu sanieren.

*ohne Rück-
kehr auf den
Wachstumspfad
ist Sanierung
des Budgets
und des
Pensionssystems
schwierig*

4. Elemente einer Wachstumsstrategie (3 % plus)

*Gründe für ein
mögliches
höheres
Wachstum in
Österreich*

Priorität der österreichischen Wirtschaftspolitik sollte es sein, den mittelfristigen Wachstumspfad in Österreich auf 3 % zu heben. Die aktuelle mittelfristige Prognose des WIFO (Baumgartner et al., 2004) geht davon aus, dass die österreichische Wirtschaft zwischen 2003 und 2008 um 2,3 % pro Jahr wachsen wird, nur geringfügig mehr als im Euro-Raum. Für ein etwas höheres Wachstum in Österreich sprechen die Dynamik der Erweiterungsländer inkl. der südosteuropäischen Länder, steigende Marktanteile Österreichs in Asien und in den USA (u. a. durch die kostensenkende Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung mit den Erweiterungsländern). Die jüngste Steuerreform und günstige Arbeitskosten stärken weiters die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Der Budgetspielraum ist eng, aber immer noch größer als in den großen EU-Ländern (d. h., der Konsolidierungsbedarf ist geringer).

Bei dem prognostizierten jährlichen Wachstum von 2,3 % wird die Arbeitslosigkeit zwar leicht zurückgehen (von 4,5 % auf 4,3 % nach EU-Definition), aber bei weitem nicht auf den Wert zu Beginn der neunziger Jahre. Dies liegt insbesondere daran, dass das Arbeitsangebot durch verringerte „Exitmöglichkeiten“ (Frühpension etc.), durch steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen und den Zustrom bzw. die Legalisierung der Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften steigt. Bei der prognostizierten Wachstumsrate ist ein ausgeglichenes Budget nur schwer zu erreichen, damit auch keine Absenkung des Schuldenstandes von derzeit 65 % des BIP. Eine friktionsfreie Finanzierung von Zukunftsausgaben ist nicht zu erwarten. Pensionskürzungen, so schmerzhaft sie im Detail sein mögen, werden sich als ungenügend herausstellen, Vorsorgen für die alternde Gesellschaft werden nicht dotiert werden. Ein auch nur tendenzieller Budgetausgleich über den Konjunkturzyklus bei der gleichzeitig anvisierten Absenkung der Steuerquote auf 40 % ist angesichts des prognostizierten schwachen Wachstums utopisch.

Alle oder auch nur ein Teil der genannten Ziele wären nur erreichbar, wenn das Wachstum in Richtung 3 % angehoben werden könnte. Eine Anhebung des Wachstums um rund einen halben Prozentpunkt ist möglich, wie die Wachstumsraten in Finnland, Irland, Schweden und den USA zeigen (Aiginger, 2004B). Sie erfordert die konsequente Nutzung aller wachstumspolitischen Spielräume auf nationaler und internationaler Ebene.

Strategiepfade

Der mittelfristige Wachstumspfad eines Hocheinkommenslandes hängt angebotsseitig von drei zentralen Komponenten ab: Ausbildung und Weiterbildung, Forschung und Innovation und moderne Infrastruktur. Die Erweiterung des europäischen Wirtschaftsraumes ändert die Position Österreichs dramatisch: Österreich muss zum Technologiegeber, Gastgeber für Headquarters und Anbieter hochwertiger Dienstleister

bei prognostizierten 2,3 % Wachstum nur leichter Rückgang bei Arbeitslosigkeit und ...

... Budgetausgleich bei gleichzeitig anvisierter Absenkung der Steuerquote auf 40 % ist utopisch

Ziele nur erreichbar, wenn Wachstum in Richtung 3 % angehoben werden könnte

Wachstumspfad hängt von 3 zentralen Komponenten ab

in diesem Raum werden. Österreich wird diese Rolle im Zentrum nur ausüben können, wenn es neben dem besten Humankapital und wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen auch die beste materielle und immaterielle Infrastruktur besitzt.

in Phase unterausgelasteter Kapazitäten ist Nachfrage durch Politik zu ergänzen

In einer Phase unterausgelasteter Kapazitäten sind diese mittelfristigen angebotsseitigen Strategieschwerpunkte durch Stimulierung der Nachfrage und durch Politiken zur Reduktion der Unsicherheit bei Konsumenten und Unternehmern zu ergänzen. Maßnahmen, das bestehende Wachstumspotenzial zu nutzen, sind bei einem Wachstum über 2 % so wichtig wie Versuche, das Potenzial zu heben. Kurzfristige Maßnahmen, die längerfristig kontraproduktiv sind, sollten allerdings vermieden werden. Projekte mit Doppeldividenden (Nachfrageeffekt plus Höherqualifikation, Infrastruktur, Ökologie, Gesundheit) sind zu beschleunigen. Eine detaillierte Wachstumsstrategie überschreitet die Möglichkeiten dieses Artikels, doch sollen einzelne Elemente skizziert werden.

Ausbildung und Weiterbildung

Wettbewerbsfähigkeit wird durch Qualität des Humankapitals entschieden

Die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs wird durch die Qualität des Humankapitals entschieden. Die bisherigen Ausbildungsausgaben sind beachtlich, doch gibt es erhebliche Effizienzprobleme, Lücken und Strukturschwächen. Der Anteil der technisch-naturwissenschaftlichen Studienrichtungen ist relativ niedrig, die Studien dauern lange. Die Lehrlingsausbildung orientiert sich zu wenig an den neuen Berufserfordernissen, es gibt zu wenige Lehrstellen, wichtige zu integrierende Gruppen werden nicht erfasst (z. B. zweite Generation der Gastarbeiter).

Problem: Defizit bei Weiterbildung

Weiterbildung wird wichtiger und das österreichische Defizit auf diesem Gebiet könnte zum größten Problem für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Österreichs werden:

- Erstens wird Weiterbildung generell wegen des raschen Wandels der Technologie und des wirtschaftlichen Strukturwandels immer wichtiger.

- Zweitens wird sich Weiterbildung infolge der kürzeren Dauer der Beschäftigungsverhältnisse (lebenslange Betriebszugehörigkeit wird zum Ausnahmefall) zukünftig von den Firmen in externe Ausbildungs- und Arbeitsmarktorganisationen verlagern.
- Drittens können Arbeitnehmer in mittlerem Alter, deren primäre Qualifikation durch technischen Fortschritt entwertet wird, immer weniger in Frühpension oder Krankenstand ausweichen.
- Viertens müssen Schulabbrecher, Hilfsarbeiter und Zuwanderer erster und zweiter Generation höher qualifiziert werden, wenn nicht eine neue „industrielle Reservearmee“ entstehen soll (Copyright: Karl Marx).

Die Weiterbildungslandschaft ist unübersichtlich, wenige Lehrgänge sind zertifiziert und internationalisiert. Ziel wäre, dass es für jede Qualifikation eine modulartige Schulung zur nächsthöheren Qualifikation gibt, z. B. vom Lehrling zum kleinen Ingenieur, zum Diplomingenieur, zum Teilzeitforscher. Diese Module müssen teilweise organisiert werden, sie müssen standardisiert und zertifiziert sein. Nationale und noch besser internationale Anerkennung muss erreicht werden (Beispiel: Computerführerschein). Die neuen steuerlichen Bildungsfreibeträge und -prämien können die Ausbildungsaktivitäten der österreichischen Unternehmer verstärken, werden aber noch zu wenig genutzt und auch zu wenig vermarktet.

*modulartige
Schulung*

Forschung und Innovationen

Österreich hat bei den Forschungsausgaben und auch in der Forschungsorganisation Defizite. Die Forschungsausgaben überschreiten mit 2,3 % (2003) des Bruttoinlandsprodukts gerade den EU-Durchschnitt, liegen jedoch vom Lissabon-Ziel von 3 % und noch mehr von den schwedischen und finnischen Quoten weit entfernt. Das Land mit einer Top-Position in den Einkommen muss aber auch eine Top-Position in zumindest einigen Forschungssparten haben, muss zunehmend Forschungsabteilungen aufbauen und die Innovationsdynamik

Forschungsausgaben mit 2,3 % knapp über EU-Durchschnitt, aber weit vom Lissabon-Ziel (3 %) entfernt

Forschungsausgaben und ihre Effizienz sind zu gering

von kleinen und mittleren Unternehmen stärken. Die Regierung hat auf diese Herausforderung teilweise reagiert: Die steuerliche Forschungsförderung ist jetzt eine der attraktivsten Förderungen in einem hoch entwickelten Land. Allerdings sind Forschungsaufträge bei Dritten (Auftragsforschung), die für kleine Betriebe besonders wichtig sind, weiter nicht in dieses System einbezogen. Die Fonds, die Projektförderungen vergeben, die universitäre und auch die außeruniversitäre Forschung und der Nationalfonds werden nicht ausreichend dotiert. Aber nicht nur die Ausgaben, auch ihre Struktur und Effizienz sind zu verbessern. Es gibt keine verbindliche österreichische Forschungsstrategie (Falk, Léo, 2004). Bei Informationstechnologien liegt Österreich im europäischen Mittelfeld, weit hinter der Benchmark der erfolgreichsten drei Länder. Zusammenfassend sind Forschungsausgaben und ihre Effizienz zu gering. Die Ziele „höhere Ausgaben“ und „höhere Effizienz“ dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sonst wird das Inputziel wie auch das Wachstumsziel verfehlt. Schweden und Finnland haben gezeigt, dass Input und Produktivität gesteigert werden können, und haben sich damit Wachstumsraten in der Höhe von 3 % erarbeitet (vgl. Übersicht 1 und 3).

Standortoffensive

Investitionen in materielle und immaterielle Infrastruktur forcieren Wachstum

Investitionen in die materielle und immaterielle Infrastruktur forcieren das Wachstum angebots- und nachfrageseitig. Besonders nach der EU-Erweiterung wird die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs durch die Ausstattung mit Infrastruktur bestimmt. Headquarters werden dort gegründet oder ausgebaut (Knoll, 2004), wo die beste Ausbildung, das beste Verkehrsnetz gegeben ist. Dabei sind Versäumnisse bei weitem nicht nur beim Ausbau der transnationalen Netze gegeben. Bahnhofsplanungen und Neubauten werden immer wieder verschoben, ebenso wie die Einführung moderner Funksysteme und der Ausbau von Breitbandleitungen. Die grenzüberschreitende Verkehrsanbindung ist auch in unmittelbarer Nähe Wiens schlicht ungenügend.

Die Nutzung neuer Technologien kann einerseits durch Vorbildwirkung im öffentlichen Sektor unterstützt werden (E-Government, E-Card etc.), zweitens durch Ausbildung und Wettbewerb, drittens durch den Ausbau von Breitbandleitungen in wenige zentrale Regionen oder öffentliche Angebote von Internetzugang und Schulungszentren. Die Aufgabe, Kenntnis und Nutzung von neuen Technologien zu verbreiten, sollte auch auf lokaler Ebene erkannt werden. Gemeinden könnten Weiterbildungs- oder Technologiebeauftragte etablieren, die Weiterbildung forcieren, den freien Zugang zu neuen Technologien fördern. Ein Teil der heute eingesetzten Ressourcen und des Lobbying für Projekte und Landesmittel für den Straßenbau wäre sinnvoll für den Aufbau von Humankapital zu nutzen. EU-Gelder, Landes- und Bundesmittel dafür sollten bereitgestellt werden.

Betriebsgründungen sind noch immer ein Defizit in Österreich. Die Unterstützung von risikoreichen Betriebsgründungen durch Venture Capital wurde schon oft vorgeschlagen, aber nur unzureichend vollzogen. Die Förderung der ersten Phase der Selbstständigkeit durch Verwaltungsvereinfachung, eine befristete Reduktion von Lohnnebenkosten (für den ersten Angestellten), Informationen und Unterstützung bei den ersten Schritten zum Export können Betriebsgründungen mit internationalem Fokus unterstützen. Eine generelle Reduktion der Lohnnebenkosten wäre wachstumsförderlich, sie muss durch Einsparungen durch eine engagierte Verwaltungsreform gegenfinanziert werden. Mit der Verringerung der Körperschaftsteuer und der Begünstigung nicht entnommener Gewinne für Einzel- und Mitunternehmer sind wichtige Schritte für die Standortsicherung gegeben, aber beide Maßnahmen fokussieren nicht auf neue Unternehmen, die oft in Ermangelung von Gewinnen nicht von Steuerleichterungen profitieren. Hier wären neben steuerlichen Maßnahmen (z. B. Innovations- und Exportprämien) etwa die Erleichterung des Zugangs zu Fremdkapital, der mit den neuen Bestimmungen von Basel II gerade für diese Unternehmen erschwert wird, anzustreben.

*Unterstützung
von risiko-
reichen Betriebs-
gründungen*

Nachfragepolitik

*staatliche
Nachfrage
stimulieren*

Die Aufgabe des Staates bei schwacher privater Nachfrage seine Ausgaben und damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu erhöhen sollte zu den unumstrittenen Elementen einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik zählen. Länder mit stabiler Nachfrage haben auch eine höhere durchschnittliche Wachstumsrate (Aiginger et al., 2004). Eine konjunkturelle Gegensteuerung ist natürlich leichter, wenn am Anfang der Konjunkturfalte Budgetüberschüsse oder zumindest ein ausgeglichener Budgetsaldo gegeben ist. In der Krise die Budgetdisziplin zu verstärken ist kontraproduktiv. Auf der anderen Seite sind einer Nachfragestimulierung durch Erhöhung öffentlicher Ausgaben in einer lange anhaltenden Krise auch Grenzen gesetzt. Die zusätzlichen Ausgaben müssen so effektiv sein, dass sie weniger zur weiteren Verschuldung als zur Wiederkehr des Wachstums führen. Dies ist eine schwierige „Nebenbedingung“, besonders weil bei anhaltender Krise die Verunsicherung der Konsumenten wächst. Ein glaubwürdiges Konzept für einen mittelfristigen wirtschaftlichen Wachstumskurs (Tichy, 2004) und eine gerechte Verteilung der Lasten ist nötig. Es bedarf auch einer Umschichtung der Ausgaben zugunsten von wachstumsfördernden Ausgaben. Das Vorziehen von ökologischen Ausgaben und von Infrastrukturinvestitionen ist auch aus Wachstumsgesichtspunkten sinnvoll. Eine Besteuerung von nicht produktivem und nicht mobilem Vermögen und eine Stärkung von Kaufkraft und Vertrauen der unteren Einkommen wären anzustreben. Diese wachstumsstabilisierende Strategie wurde allerdings in Europa in den letzten Jahren kaum angewendet.

*glaubwürdiges
Konzept für
Wachstumskurs
und gerechte
Verteilung der
Lasten nötig*

Eine außerbudgetäre Finanzierung von Zukunftsinvestitionen (inklusive materieller und immaterieller Infrastruktur) hat einen schlechten Ruf erworben (Verlust der Budgetwahrheit). Kreative Lösungen könnten aber unter neuen Vorzeichen (Public Private Partnership, internationale Finanzierung; externe Kontrolle) zur Erhöhung des Wachstumspfadens genutzt werden. Letzten Endes entscheidet die volkswirtschaftliche Rendite über die Sinnhaftigkeit eines Projektes und keine formalen

Bestimmungen und Budgetlimits. Es darf allerdings auch nicht jede Investition wegen ihres kurzfristigen Multiplikators als sinnvoll erklärt werden. Und für Österreich muss außerdem bedacht werden, dass der Anteil der Bauinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt höher liegt als in anderen Ländern, jener der immateriellen Investitionen aber ungenügend ist (vgl. Übersicht 3 und Marterbauer in Aiginger et al., 2004).

Günstig wäre Nachfragepolitik über Bereiche zu steuern, in denen Doppeldividenden erzielt werden können: Ausgaben für innovative Lösungen im Gesundheitsbereich, zur Vorbereitung der alternden Gesellschaft, energetische Sanierung des Wohnbaubestandes. Österreich hat die Vorreiterrolle im Umweltsektor verloren. Die Führungsposition in einigen Sparten der Umwelttechnologie dürfte noch gegeben sein und sollte forciert werden. Eine Verfehlung der selbst gesteckten österreichspezifischen Kyoto-Ziele ist kein Kavaliersdelikt. Die starke Zunahme des Straßengüterverkehrs wird wieder eine Welle der Wachstumsfeindlichkeit auslösen, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird.

günstig wäre Nachfragepolitik mit „Doppeldividenden“

Sozialsystem/Einkommensverteilung/Deregulierung

In vielen entwickelten Marktwirtschaften⁷ ist im letzten Jahrzehnt die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen gestiegen. Die Ursachen für diesen Trend sind vielfältig. Es gibt erstens eine technologische Komponente (neue Technologien begünstigen die besser qualifizierten Arbeitskräfte), zweitens eine arbeitsteilige Komponente (Industrieländer konzentrieren sich auf hochwertige Komponenten/Produkte), drittens eine konjunkturelle Komponente (Arbeitslosigkeit), viertens strukturelle Verschiebungen in der Verhandlungsmacht von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und fünftens eine politische Komponente in Form einer geringeren Priorität von Verteilungsgerechtigkeit. Dennoch ist das Niveau der Ungleichheit nach Ländern sehr verschieden und ein politisches Gegensteuern zu den Trends wird teils versucht, teils unterbleibt sie. Eine Umverteilung der Einkommen ist heute in keinem europäischen Land ein wesentlicher Bestandteil einer Regierungsstrategie⁸.

Ungleichheit der Einkommen und Vermögen gestiegen

Schon der Versuch, der Spreizung der Einkommen gegenzu-
steuern, kann zur Stabilisierung der Konsumnachfrage genutzt
werden. Ein fairer Beitrag der Vermögen, aus technischen
Gründen vor allem der weniger mobilen Vermögensteile, wäre
sinnvoll, weil dadurch die Lohnnebenkosten gesenkt und Ar-
beitsplätze geschaffen werden könnten.

*Wachstum:
Korrelation mit
Zukunfts-
investitionen
robuster als mit
Deregulierung*

Die Deregulierung der Produkt- und besonders der Arbeits-
märkte steht hoch auf der Agenda von Regierungen und inter-
nationalen Organisationen. Es lässt sich in der Tat eine gewisse
Korrelation zwischen Deregulierung und wirtschaftlichem Er-
folg (u. a. Wachstum) nachweisen (Aiginger, 2004C). Der Zu-
sammenhang ist jedoch weniger robust als jener zwischen
ökonomischem Erfolg und Zukunftsinvestitionen. Nicht alle
Regulierungen sind wachstumshemmend, manche fördern so-
gar das Wachstum (Kollektivvertragsverhandlungen, volkswirt-
schaftlich orientierte Gewerkschaften). Und drittens ist die
Kausalitätsrichtung auch nicht eindeutig: In erfolgreichen Län-
dern und bei gutem Wachstum sind Deregulierung und Libera-
lisierung einfacher. Mehr Flexibilität für Unternehmen und
zusätzliche Arbeitsplätze für Arbeitnehmer können kombiniert
werden, wenn Teilzeitbeschäftigung zunächst erleichtert wird
und dann Teilzeitbeschäftigte Priorität bei der Besetzung von
Vollzeitarbeitsplätzen bekommen (Niederlande), wenn strengere
Bedingungen für Länge und Höhe der Sozialleistungen mit
echter Höherqualifikation und engagierter Beratung verbunden
sind (Schweden, Dänemark), wenn der Ausstieg aus der Ar-
beitslosigkeit mit zeitlich begrenzter Lohnsubvention oder Bei-
behaltung eines Teiles des Unterstützungsbetrages verbunden
ist (Senkung des marginalen Einkommenssteuersatzes bei
Wiederbeschäftigung). „Flexicurity“-Ansätze, innovative Ex-
perimente und „Welfare to Work“-Ansätze sind leichter
implementierbar, wenn die Konjunkturlage positiv und das
Commitment der Arbeitsmarktpolitik glaubwürdig ist und nicht
„Sozialschmarotzerargumente“ den Hintergrund für Reformen
bilden. Ebenso sind Liberalisierungen leichter argumentierbar,
wenn es eine ergänzende effektive Regulierung gibt, die die
soziale Perspektive einschließt.

Fehlender Wachstumsfokus der Europäischen Union

Ein wesentliches Problem für eine österreichische Wachstumsstrategie ist der fehlende Fokus der EU auf das Wirtschaftswachstum (Pichelmann, Roeger, 2004, Sapir, 2003, Kramer, 2004). Dieser Punkt ist so wichtig, dass man ihn an den Anfang dieser Überlegungen stellen könnte. Dies habe ich bewusst nicht getan, weil dies den österreichischen Handlungsspielraum kleiner erscheinen ließe, als er tatsächlich ist.

Die Europäische Union hat durch die Einführung des Euro und die Erweiterung um zehn neue Mitglieder sehr wichtige institutionelle Änderungen gewagt und auch Erfolge verbucht. Sie forciert jedoch primär Preisstabilität und Budgetausgleich, jedoch in ungenügendem Maße das Ziel des Wirtschaftswachstums. Preisstabilität ist wichtig, aber letztlich nur als Vorbedingung für ein ungestörtes langfristiges Wachstum. Mittelfristiger Budgetausgleich und Obergrenzen der Verschuldung sind Meilensteine für eine nachhaltige Entwicklung, aber sollten nach Wiedergewinnung des Wachstums und in der besten Konjunkturlage erfolgen. Das Wachstumsziel ist in der Lissabonstrategie angesprochen, seine Verfehlung wird aber als weniger kritisch gesehen als die Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (Kramer, 2004). Eine Forcierung von Forschung und Ausbildung ist Teil der Lissabonstrategie, aber die tatsächlichen Forschungsausgaben der großen EU-Länder stagnieren oder fallen relativ zum Bruttoinlandsprodukt (Aiginger, 2004B). Die Forschungs- und Ausbildungsinvestitionen erreichen bisher nur in Schweden und Finnland das Lissabonziel. Die Beschäftigungsziele der EU scheinen ebenfalls nur in einem Drittel der Länder erreichbar.

Der Ausbau der Infrastruktur etwa durch internationale Verkehrsnetze ist angeplant, in der Umsetzung kommt es jedoch zu Verzögerungen und die Finanzierungskomponente wird reduziert. Besonders die Stagnationsjahre 2001 bis 2003 hätten für einen Infrastrukturschub genutzt werden können. Allerdings

EU forciert primär Preisstabilität und Budgetausgleich – Wirtschaftswachstum wird ungenügend verfolgt

Stagnationsjahre 2001 bis 2003 hätten für Infrastrukturschub genutzt werden sollen

gibt es an den Schnittstellen zwischen den Ländern Bremsklötze für den Beginn von Infrastrukturprojekten, die nicht nur auf der EU-Ebene liegen (Bahnverbindungen Österreichs mit den Nachbarländern).

5. Konsenswille und Langfriststrategie zur Reduktion der Unsicherheit

Wachstumsstrategie liegt nicht einmal in Ansätzen vor

Ebenso wie in der Europäischen Politik besteht in Österreich kein Konsens über die Notwendigkeit einer Wachstumsstrategie. Zwar ist kein Regierungs- und Oppositionspolitiker, kein Experte und kein Sozialpartner gegen Wirtschaftswachstum; eine verbindliche und langfristig orientierte, von Experten erarbeitete und im Konsensweg umgesetzte Strategie liegt aber nicht einmal in Ansätzen vor. Projekte mit starkem Fokus auf eine Interessensgruppe haben immer Vorrang vor gesamtwirtschaftlichen Strategien (Kindergeld, Koralmtunnel, Abfangjäger, Prämien für Bauten und LKW-Käufe etc.). Der Vorteil einer konsistenten Strategie im Gegensatz zu stückhaften Reformen liegt darin, dass jeder Partner, Konsument und Unternehmer weiß, in welche Richtung sich die Rahmenbedingungen mittelfristig entwickeln, sodass man sich darauf einstellen kann. Zweitens können Einbußen bei einer Teilmaßnahme gegen Vorteile bei einer anderen Teilstrategie ausgeglichen werden, dies reduziert den Reformwiderstand und Versuche „wohl erworbene“ Interessen zu verteidigen. Drittens würde eine allgemein akzeptierte und konsequent verfolgte Strategie die wirtschaftliche Unsicherheit – ein Kernelement der Stagnationsphase der österreichischen und der europäischen Wirtschaft – verringern. Die erfolgreichsten europäischen Länder der letzten zehn Jahre – Schweden, Finnland, Dänemark und Irland – haben eine Konsensstrategie mit erheblichen Reformelementen verfolgt. Schweden und Finnland geben 3 % für Forschung aus; diese Länder ebenso wie Irland und Dänemark investieren gezielt in Aus- und Weiterbildung und haben ein dreiprozentiges Wachstum und ausgeglichene Budgets erreicht.

Übersicht 1: Wirtschaftserfolg in den neunziger Jahren (1994–2003)

	Top 3	Große 3	Österreich	EU	USA
Wachstum real	3,0	1,7	2,1	2,2	3,3
Produktivität (pro Kopf)	2,1	1,1	1,6	1,3	1,7
Arbeitslosenrate, Durchschnitt	8,2	9,9	4,1	9,0	5,1
Arbeitslosenrate, 1994	11,2	10,3	3,8	10,5	6,1
Arbeitslosenrate, 2000	6,6	9,2	3,7	7,8	4,0
Arbeitslosenrate, 2003	6,7	9,1	4,4	8,0	6,0
Beschäftigungsrate, Durchschnitt	71,3	62,4	72,9	64,9	80,0
Beschäftigungsrate, 1994	68,5	60,6	72,6	62,3	77,7
Beschäftigungsrate, 2000	73,0	63,6	73,7	66,4	82,0
Beschäftigungsrate, 2003	72,8	64,6	73,1	67,2	80,0
Beschäftigungswachstum	0,9	0,7	0,4	1,0	1,5
Budgetdefizit in % des BIP, 1994	5,8	5,7	5,0	5,1	4,0
Budgetdefizit in % des BIP, 2000	-4,9	0,3	1,6	-1,0	-1,3
Budgetdefizit in % des BIP, 2003	-1,3	3,5	1,3	2,6	5,1

Anmerkung: Top-3-Länder: Dänemark, Finnland und Schweden; Große 3 (kontinentaleuropäische) Länder: Deutschland, Frankreich und Italien, Durchschnitt 1994/2003.

Q: WIFO-Berechnungen auf Basis AMECO, OECD (ECO).

Übersicht 2: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (kaufkraftbereinigt
in Relation zu EU-15)

	1960	1970	1980	1990	1995	2000	2001	2002	2003
Österreich	102,60	103,05	113,29	113,34	114,48	114,39	112,00	110,93	110,99
Belgien	100,61	103,93	110,33	107,87	108,54	106,40	106,98	106,48	106,87
Dänemark	130,50	128,70	116,66	110,10	112,78	115,53	115,38	112,30	112,14
Deutschland	112,32	106,64	107,65	106,57	107,81	102,03	100,51	99,58	99,01
Griechenland	50,80	73,86	82,08	67,82	65,16	65,98	67,18	70,82	73,17
Spanien	60,76	75,18	74,91	78,29	79,02	83,41	84,28	86,08	87,41
Frankreich	102,60	107,03	108,79	106,59	104,02	103,84	104,84	104,57	104,07
Irland	66,74	65,01	69,57	77,61	89,76	115,09	117,74	125,44	120,21
Italien	89,65	97,74	103,73	104,49	104,19	101,32	100,04	98,38	98,19
Niederlande	120,53	117,20	112,02	107,13	108,60	110,77	113,37	111,43	109,51
Portugal	41,84	53,51	58,75	64,71	66,01	70,39	70,61	70,86	68,85
Finnland	91,65	94,64	103,31	108,28	95,53	104,10	104,20	101,79	101,07
Schweden	127,51	125,60	114,97	112,33	106,84	109,09	106,21	104,74	104,61
Großbritannien	119,54	101,72	95,15	98,42	99,89	103,97	105,14	107,40	108,89
EU 15	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
EU 25	-	-	-	-	90,33	91,04	91,26	91,40	91,69

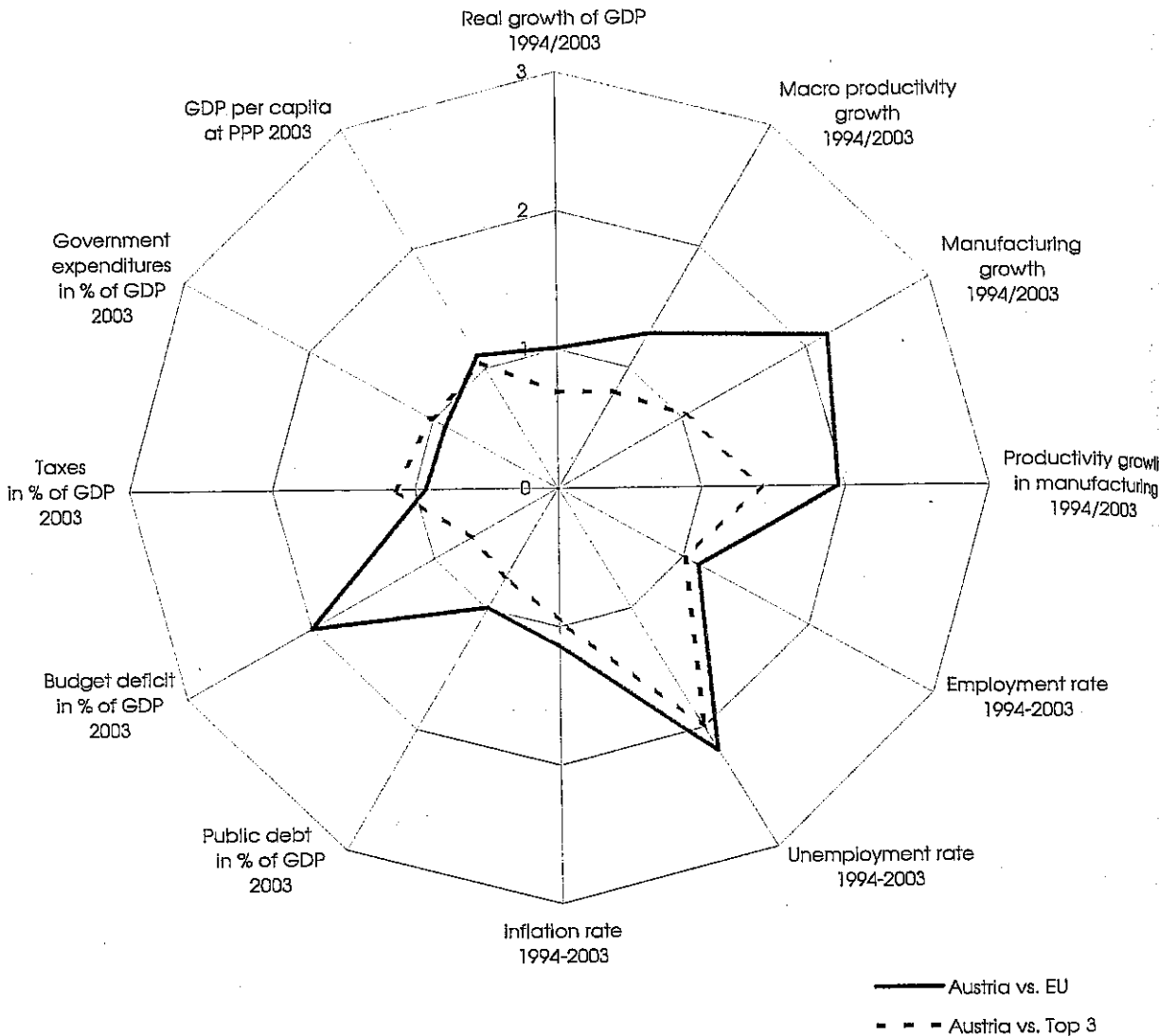
: WIFO-Berechnungen auf Basis AMECO.

Übersicht 3: Zukunftsinvestitionen im Vergleich zu physischen Investitionen

	Zukunftsinvestitionen in % des BIP		Physische Investitionen in % des BIP		Zukunftsinvestitionen in Relation zu physischen Investitionen	
	1992	2000	1992	2000	1992	2000
Österreich	11,17	13,39	23,26	24,38	0,48	0,55
Belgien	10,60	12,91	20,05	20,91	0,53	0,62
Dänemark	13,62	16,59	17,55	23,39	0,78	0,71
Deutschland	11,32	12,79	23,13	22,14	0,49	0,58
Griechenland	6,01	10,55	19,35	24,48	0,31	0,43
Spanien	7,98	12,16	23,61	25,06	0,34	0,49
Frankreich	12,20	14,17	20,03	21,49	0,61	0,66
Irland	10,94	10,89	16,49	22,27	0,66	0,49
Italien	8,42	11,30	20,93	20,63	0,40	0,55
Niederlande	11,54	13,76	21,94	21,95	0,53	0,63
Portugal	9,20	13,46	23,06	28,64	0,40	0,47
Finnland	12,68	15,70	18,68	19,72	0,68	0,80
Schweden	14,55	19,75	17,17	18,23	0,85	1,08
Großbritannien	11,54	13,66	16,12	19,35	0,72	0,71
EU	10,77	13,28	20,85	21,68	0,52	0,61
USA	13,20	16,35	16,03	21,98	0,82	0,74
Top 3	13,62	17,35	17,80	20,45	0,77	0,86
Größe 3	10,65	12,75	21,37	21,42	0,50	0,59

Anmerkung: Zukunftsinvestitionen sind Ausgaben für Forschung, Ausbildung und Telekommunikationsausgaben (mit Unschärfen durch Abgrenzungsprobleme und Doppelzählungen); physische Investitionen sind Bruttoanlageinvestitionen laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (mit Unschärfen in der Behandlung von Software).

Übersicht 4: Performance Österreichs im Vergleich zu EU und



Anmerkung: Die Top 3 Länder weisen 2004 einen Budgetüberschuss von 1,3% auf, während Österreich und der EU-Durchschnitt ein Budgetdefizit aufweisen. Da dies in der Grafik nicht darstellbar wäre, wurde die Position der Top 3 Länder mit 0,7 eingesetzt. Werte außerhalb des Unit Circles (Linie 1) zeigen bessere Performance Österreichs (höheres Wachstum, niedrigere Arbeitslosenrate). Bei Abgaben und Steuern wurden niedrigere Werte als besser dargestellt, obwohl dies von Analyserahmen und Struktur abhängig ist.

Anmerkungen:

- 1 Copyright Hans Seidel (2004).
- 2 Vgl. Marterbauer, M. in Aiginger et al. (2004) bzw. Wolfmayr, Y. (2004).
- 3 Der Vorsprung Österreichs beim Pro-Kopf-Einkommen gegenüber der EU-15 lag 1990 bei 13 %, der relativ größte Vorsprung war 1993 (15,5 %) gegeben. Die Verringerung des Vorsprungs Österreichs im BIP zu Kaufkraftparitäten zwischen 1993 und 2004 um 4 % ist auf das höhere Bevölkerungswachstum und den geringeren Preistrückgang im internationalen Preisvergleich zurückzuführen. Das reale BIP ist gleich stark gestiegen.
- 4 Außenbeitrag und Wachstum entwickeln sich kurzfristig nicht parallel. Ein hohes Wachstum bewirkt oft eine defizitäre Leistungsbilanz (USA), während schwach wachsende Wirtschaften oft Überschüsse aufweisen (Deutschland). Starker Strukturwandel forciert den Übergang zu Dienstleistungen (und lässt die Warenbilanz defizitär werden). Langfristig kann im Vergleich zur Konkurrenz höheres Wachstum durch steigenden Gewinn an Marktanteilen erzielt werden (Schweden und Finnland bei Telekomprodukten).
- 5 Oder moderner ausgedrückt, die Rate an „Vollbeschäftigung, die keinen Inflationsdruck auslöst“, liegt in Ländern mit hohem Produktivitätswachstum höher (Diskussion um NAIRU, Spielraum für expansive Geldpolitik etc.).
- 6 Die Erwähnung der USA bezieht sich darauf, dass es diesem Land in den neunziger Jahren entgegen der „Konvergenzprognose“ der Wachstumstheorie und entgegen den Erfahrungen früherer Jahrzehnte gelungen ist, als Land mit hohem Einkommen rascher zu wachsen als die meisten europäischen Länder, und damit u. a. die Arbeitslosigkeit zu senken und das Budget (vorübergehend) auszugleichen. Gerade die ungleiche Verteilung, hohes Armutsrisiko und hohe Kriminalität sowie die weitgehende Missachtung ökologischer Ziele in den USA, demonstriert, dass hohes Wachstum nicht automatisch Armut reduziert und Nachhaltigkeit forciert. Hohes Wachstum ermöglicht und erleichtert ein anspruchsvolles Zielbündel anzustreben, mit steigenden Einkommen, ökologischen und sozialen Zielen, aber es garantiert das nicht bei fehlendem politischen Willen.
- 7 In geringem Ausmaß in der Schweiz und in Frankreich, stärker in den USA und Großbritannien.
- 8 Ein Plädoyer für eine Nutzung des Umverteilungsspielraumes siehe Arrow (2004). Unterschiede in der Entwicklung der Einkommensverteilung und der Stimulierung der Konsumnachfrage in den USA und in Deutschland werden in Schulmeister (2004) analysiert.

Literaturhinweise:

- Aiginger, K. (2004A) The Economic Agenda: A View from Europe, in: Economic Agenda of the 21st Century, Review of International Economics, 2/2004, S. 197–206.
- Aiginger, K. (2004B) A Three Tier Strategy for Successful European Countries in the Nineties, International Review of Applied Economics, Vol. 18(4), 2004, pp. 399–422.
- Aiginger, K. (2004C) The relative importance of labour market reforms to economic growth – European experience in the nineties, WIFO Working Paper 8/2004.

- Aiginger, K. (2002) The New European Model of the Reformed Welfare State, European Forum Working Paper 2/2002, Stanford University.
 - Aiginger, K. (Projektleitung) (2002) Der Einfluss von Steuern und Förderungen auf Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsdynamik in Österreich, Studie im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich, Wien.
 - Aiginger, K., Böheim, M., Falk, M., Marterbauer, M., Peneder, M. (2004) Raising Economic Growth in Austria, Study by the Austrian Institute of Economic Research commissioned by the Federal Ministry of Economics and Labour.
 - Arrow, K. (2004) A personal agenda for the next decade, in Review of International Economics, Vol. 12, No. 2, pp. 207–212, May 2004.
 - Baumgartner, J., Kaniovski, S., Walterskirchen, E. (2004) Wirtschaft schöpft ihr Potential mittelfristig zunehmend aus. Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2008, WIFO-Monatsberichte 2/2004.
 - Falk, R., Leo, H. (2004) Ausgaben des Bundes für Forschung, Entwicklung und Innovation, WIFO-Studie im Auftrag der Vereinigung der Österreichischen Industrie.
 - Knoll, N. (2004) International orientierte Unternehmen in Österreich, Rahmenbedingungen für Steuerungsfunktionen und Forschungskompetenz, WIFO-Studie im Auftrag der Austrian Business Agency, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit sowie der Vereinigung der Österreichischen Industrie.
 - Kramer, H. (2004) Europäischer Stabilitätspakt am Ende oder Neubeginn? WIFO-Ökonomenclub 12.7. 2004.
 - Marterbauer, M. (2004) Aggregate Demand and Economic Growth, in Aiginger, K. et al.
 - Pichelmann, K., Roeger, W. (2004) The EU Growth Strategy and the Impact of Aging, Review of International Economics, Vol. 12, No. 2, pp. 213–232, May 2004.
 - Sapir, A. (2003) An Agenda for a Growing Europe, European Commission, Brussels.
 - Schulmeister, St. (2004) Aktienkursdynamik und privater Konsum in den USA und in Deutschland, WIFO-Monographien 7/2004.
 - Seidel, H. (2004) Wirtschaftspolitik nach dem 2. Weltkrieg, Manz, Wien.
 - Tichy, G. (2004A) „Die Unzufriedenheit der Bürger mit den Zielen der Wirtschaftspolitik, Zu den Erkenntnissen der ‚happiness-Forschung‘“, erscheint in Wirtschaft und Gesellschaft 30(4).
 - Tichy, G. (2004B) „Die ‚Neue Unsicherheit‘ als Ursache der europäischen Wachstumsschwäche“, erscheint in Perspektiven der Wirtschaftspolitik.
 - Walterskirchen, E. (2004) Die Position Österreichs im Internationalen Strukturwettbewerb. Die neuen EU- Strukturindikatoren, Arbeiterkammer Wien, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 86, Wien.
 - Wolfmayr, Y. (2004) Interessante Absatzmärkte und Exportpotentiale für die österreichische Industrie, WIFO-Monatsberichte 6/2004.
- * Der Autor dankt Martin Falk, Hannes Leo, Angela Koeppel, Markus Marterbauer, Michael Peneder, Margit Schratzenstaller und Ewald Walterskirchen für kritische Anmerkungen.